

Arbeitsplatz, um ihre Profite weiter steigern zu können. Wir Kommunisten kämpfen mit den Arbeitern und den Gewerkschaften darum, das Erreichte zu erhalten und auszubauen. Das erfordert, den nach Jahren der Hochkonjunktur weithin wirksamen Betrug von der Sozialpartnerschaft und auch die Illusion zu überwinden, mit Sozialdemokraten in der Regierung könne es nicht so schlimm werden und man solle jetzt abwarten. Das ist gefährlich; denn Wehner vertritt nicht die Sozialdemokraten, die eine Politik gegen die CDU wollen, sondern er macht CDU-Politik, auch gegen die Interessen der Sozialdemokratie. Und Schiller zieht nicht an einem Strang mit den Gewerkschaften, sondern mit Franz Josef Strauß gegen die Gewerkschaften. Um so mehr kommt es jetzt darauf an, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu stärken, die Kraft der Belegschaften und ihrer Gewerkschaften gegen das Zusammenspiel der Monopole und ihrer Minister einzusetzen, an Tarifautonomie und aktiver Lohnpolitik festzuhalten und für Mitbestimmung in den Großunternehmen, in Wirtschaft und Gesellschaft einzutreten.

Um die wirtschaftliche und politische Macht der Monopole einzuschränken, ist es notwendig, die Mitbestimmung des arbeitenden Volkes in Betrieb und Wirtschaft zu sichern und tiefgehende demokratische Reformen durchzusetzen, müssen die marktbeherrschenden Monopole in öffentliches Eigentum übergeführt werden. Wenn unsere entscheidende Energiequelle Kohle zugunsten der Öltrüsts ruiniert wird und die Zechenherren dafür noch Stilllegungsprämien erhalten, wenn der Krupp-Konzern gegenüber seinen Gläubigern, den Großbanken, mit 500 Millionen Mark aus Steuergeldern abgesichert wird, aber zugleich Tausende Arbeiter auf die Straße wirft, so unterstreicht das die Notwendigkeit, solche Riesenunternehmen unter demokratische Kontrolle zu stellen und in Eigentum der öffentlichen Hand zu überführen.

Das Großkapital fürchtet die demokratische Aktivität zur Zurückdrängung seiner Macht. Deshalb auch die Eile, mit der die Regierung jetzt die Notstandsplanung in das entscheidende Stadium überleitet. Haben die sozialdemokratischen Minister, die im Kabinett der Notstandsverfassung zustimmten, den Entwürfen etwa die Giftzähne gezogen, wie sie behaupten? Keine Spur.

Recht haben die Gewerkschafter, die weiter den Kern des Widerstandes gegen die Diktaturpläne bilden, recht haben die Studenten und Professoren und das Kuratorium „Notstand der Demokratie“, die übereinstimmend feststellen: Diese Notstandsverfassung, die bereits verabschiedeten Not-